# Kommentar : Rückblick auf das Jahr 1974

Autor(en): **Hardmeier, Benno**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **67 (1975)**

Heft 1

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354725

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

Monatsschrift
des Schweizerischen
Gewerkschaftsbundes

Heft 1
Januar 1975
67. Jahrgang

Zweimonatliche Beilage: «Bildungsarbeit»

---

# Kommentar: Rückblick auf das Jahr 1974

*Benno Hardmeier*

Erstmals seit Jahren und gar Jahrzehnten ist in der Schweiz die Vollbeschäftigung keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Veränderung der Konjunktur- und Arbeitsmarktlage kam überraschend schnell. Während in der ersten Hälfte des Jahres 1974 noch eindeutig der Kampf gegen die hohe Teuerung im Vordergrund stand, rückte in der Folge immer mehr die Erhaltung der Vollbeschäftigung ins Zentrum der Wirtschaftspolitik. Der *Konjunktureinbruch* beschränkte sich allerdings weitgehend auf die Inlandwirtschaft und traf insbesondere das Baugewerbe.

Unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen müsste das Festhalten an einer zu restriktiven Geldpolitik die Rezession verstärken und könnte unter Umständen in eine eigentliche Krise führen. Auch eine Lohnabbaupolitik würde den Konjunkturrückgang nur noch verschärfen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die wirtschaftspolitischen Fehler der dreissiger Jahre wiederholt würden.

Die *Gewerkschaften* haben ihren Standpunkt und ihre Forderungen klar formuliert. Anfang Dezember betonte der SGB in einer *Erklärung zur Wirtschafts- und Lohnpolitik,* dass er nicht gewillt sei, eine Wirtschafts- und Lohnpolitik passiv hinzunehmen, die darauf abzielt, die Binnenwirtschaft in eine Krise zu stürzen.

Es war nicht zuletzt auch diese Sorge um die Vollbeschäftigung, die den Gewerkschaftsbund veranlasste, sich in der Volksabstimmung vom 8. Dezember entschieden für die *Verbesserung der Bundeseinnahmen* einzusetzen. Eine leere Bundeskasse bremst den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und birgt die Gefahr in sich, dass am falschen Ort gespart und damit der Konjunkturrückgang beschleunigt wird. Mit der Ablehnung des Bundesbeschlusses zur Verbesserung des Bundeshaushalts sind nicht nur keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen worden.

In der *Sozialpolitik* ging es im Jahre 1974 vor allem um die Krankenversicherung. Die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Initiative wies den Weg: umfassender Versicherungsschutz unter Einbezug zahnärztlicher Behandlungen, Versicherungsobligatorium, sozial gerechte Finanzierung über Lohnprozente.
Trotz grossem Einsatz von SGB und SPS im Abstimmungskampf fand die fortschrittliche Lösung keine Gnade. Das Stimmvolk lehnte sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ab.
Einmal mehr erhitzte die *Überfremdungsfrage* die Gemüter und gab Anlass zu einer politischen Ausmarchung und Kraftprobe. Der SGB und seine Verbände nahmen entschieden und eindeutig gegen die extreme Initiative der Nationalen Aktion Stellung. Denn es wäre unverantwortlich und unmenschlich gewesen, über eine halbe Million Ausländer innerhalb von drei Jahren zum Verlassen unseres Landes zu zwingen. Die über Erwarten deutliche Verwerfung der dritten Überfremdungsinitiative kommt einer Flurbereinigung gleich, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Der Gewerkschaftsbund kann in diesem Zusammenhang mit Genugtuung feststellen, dass sich der Bundesrat sukzessive die gewerkschaftliche Zielsetzung zu eigen gemacht hat: Reduktion der ausländischen Arbeitskräfte und Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung sowie Verbesserung der menschlichen und sozialen Lage der ausländischen Arbeitskräfte.
Das vergangene Jahr stand weitgehend im Zeichen der *Mitbestimmung.* Die eidgenössischen Räte behandelten die gewerkschaftliche Mitbestimmungsinitiative und den Gegenvorschlag des Bundesrates. Dass die Initiative den Segen des mehrheitlich bürgerlichen Parlaments finden würde, lag von Anfang an ausserhalb der Erwartungen. Leider fand sich im Parlament aber auch keine Mehrheit für den bundesrätlichen Gegenvorschlag, der immerhin eine breite Verfassungsgrundlage dargestellt und eine dynamische Entwicklung der Mitbestimmung ermöglicht hätte. Der Nationalrat schloss sich schliesslich der minimalistischen Linie des Ständerates an. Der Gegenvorschlag der Bundesversammlung beschränkt die Mitbestimmung auf den engen betrieblichen Bereich und geht über die bereits geltende Verfassungsgrundlage nicht hinaus.
Im eigentlichen *gewerkschaftlichen Bereich* waren im vergangenen Jahr einige markante Ereignisse zu registrieren.
Nach langen und harten Verhandlungen wurde die Erneuerung des *Friedensabkommens in der Maschinen- und Metallindustrie* Tatsache. Neben zahlreichen materiellen Verbesserungen zugunsten der Arbeitnehmer ist insbesondere der Einbezug der Unorganisierten in die Vertragsgemeinschaft als bemerkenswerter gewerkschaftlicher Verhandlungserfolg zu werden. Von grosser Bedeutung sind ferner die abgeschlossenen Verabredungen über Betriebsschliessungen und über die Mitwirkung der Arbeitnehmer im Betrieb, wodurch auf

vertraglichem Weg in der Mitbestimmungsfrage ein Schritt vorwärts getan wurde.
Die *Gewerkschaft Textil – Chemie – Papier* genehmigte an ihrem Kongress neue Verbandsstatuten. Verstärkung der Rechte der Mitglieder, Vereinfachung der Verbandsadministration und eine effektivere Gestaltung der Gewerkschaftsarbeit – dies waren die wichtigsten Zielsetzungen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass inskünftig die GTCP an jedem ordentlichen Verbandskongress, der alle vier Jahre stattfindet, ein Aktionsprogramm für die Vertragspolitik und die übrige gewerkschaftliche Tätigkeit zu beschliessen hat.
Auch der *Schweizerische Bau- und Holzarbeiterverband* führte eine *Strukturreform* und Statutenrevision durch. Die zwei Hauptziele der Strukturänderung sind: Förderung der innergewerkschaftlichen Demokratie und Entwicklung zur Industriegewerkschaft. Die Kompetenzen der Mitglieder in der Vertrags- und Verbandspolitik wurden wesentlich erweitert und in den Organen der Gewerkschaft eine strikte Gewaltentrennung vorgenommen. Äusseres Zeichen der Strukturreform ist die Namensänderung. Der SBHV nennt sich nun: Gewerkschaft Bau und Holz (GBH).
Als ebenso notwendige wie dornenvolle Aufgabe erweist sich die *SGB-Strukturreform.* Eine interne Arbeitsgruppe hat im Jahre 1974 wesentliche Vorarbeiten geleistet, ohne allerdings schon einen Schlussbericht vorlegen zu können.
Die Gewerkschaften blieben auch im Jahre 1974 von *personellem Wechsel* nicht verschont. Zwei Rücktritte prominenter Gewerkschafter seien an dieser Stelle erwähnt: *Max Arnold* trat altershalber als geschäftsleitender Sekretär des VPOD zurück; sein Nachfolger ist Nationalrat Dr. Walter Renschler. In der GTCP übergab *Ernst Blaser* das Zepter als Verbandspräsident an Eduard Anderhub.
Gegen das Jahresende starben fast gleichzeitig zwei hervorragende Persönlichkeiten der schweizerischen Arbeiterbewegung: *Fritz Marbach* und *Max Weber.* Professor Marbach hat als Wissenschafter, Publizist und akademischer Lehrer jahrzehntelang für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften gewirkt. Professor Max Weber hat in den verschiedensten Funktionen – als Nationalrat und Bundesrat, im SGB und im SBHV, bei der Coop Schweiz, für die «Berner Tagwacht» und als Gründer der Arbeiterschule – der Arbeiterbewegung in selbstloser Weise gedient. Mit Max Weber haben die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die Sozialdemokratie einen Freund und Vertreter verloren, dessen Wirken unvergessen und beispielhaft bleiben wird.